

25. April 2018 | Nr. 44/04/2018

Kern: Bessere Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten für die Lehrer schaffen

Kritik an der ehemaligen und der derzeitigen Regierungskoalition – Erneut mehr Eigenverantwortung der Schulen im Personalbereich gefordert

Anlässlich einer Landtagsdebatte über Lehrermangel und Lehrgewinnung übte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, sowohl Kritik an der ehemaligen grün-roten Landesregierung als auch an der derzeitigen grün-schwarzen Landesregierung und forderte bessere Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten für die Lehrerinnen und Lehrer. Kern:

„Die ehemalige grün-rote Koalition hat nicht nur das Problem des Lehrermangels vollkommen verschlafen, sondern wollte unsere Lehrer zu „Lernbegleitern“ degradieren. Eine bildungspolitische Sau nach der anderen jagte die Regierung Kretschmann I durchs Dorf und nahm damit vielen Lehrern Motivation und Freude an ihrem Beruf. Und schließlich schreckten Grüne und SPD mit ihrem Beschluss, 11 600 Lehrerstellen zu streichen, viele Interessierte vom Berufsziel des Lehrers ab. Und der grüne Ministerpräsident trug damals wie heute die Gesamtverantwortung.“

Kern wiederholte die Forderung der FDP/DVP Fraktion nach zusätzlichen Anstrengungen und mehr Kreativität bei der Lehrgewinnung. Kern: „Wir unterstützen die Maßnahmen der Kultusministerin wie beispielsweise bei Pensionären für eine Rückkehr zu werben oder die Übernahmezusage für ausgebildete Gymnasiallehrer, die bereit sind, mit einer entsprechenden Nachqualifizierung an den Grundschulen einzuspringen. Hierbei handelt es sich aber in erster Linie um Notfallmaßnahmen. Wenn wir den ausreichenden und qualifizierten Lehrernachwuchs auf Dauer sicherstellen wollen, müssen wir an der Perspektive des Lehrerberufs insgesamt arbeiten.“

Zum einen umfasse dies laut Kern konkrete Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen der Lehrer: „Die Sommerferien-Arbeitslosigkeit von befristet angestellten Lehrern und Referendaren muss angegangen, der Beförderungsstau bei den Fachlehrern muss abgebaut,

und Schulleiter wie Lehrer müssen von bürokratischen Aufgaben entlastet werden.“ Zum anderen bräuchten die Schulen mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit bei der Personalauswahl und -entwicklung. Kern: „Eine Schule soll ihr Personal weitgehend selbst auswählen, ihren Lehrern interessante Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven bieten und bei drohendem Unterrichtsausfall auf eine eigene Vertretungsreserve zurückgreifen können. Damit jede Schule über eine auskömmliche sowie transparent und fair berechnete Personal- und Finanzausstattung verfügt, brauchen wir zuerst eine fundierte Erhebung des Lehrerstellenbedarfs. Wir Freie Demokraten warten deshalb mit großem Interesse auf den

Bericht des Rechnungshofes“.

Schließlich empfahl Kern der baden-württembergischen Kultusministerin die Schulfreiheitsinitiative der nordrhein-westfälischen Schulministerin. „Mehr Schulfreiheit geht dort mit leistungsbezogenen Zielen und verbindlichen Qualitätsstandards einher. Qualität durch Schulfreiheit und verbindliche Standards statt Zentralismus – das wäre das richtige Zukunftsprogramm für Baden-Württemberg! Dass die Kultusministerin unsere Initiative aufgegriffen und die Ausweitung der so genannten schulscharf ausgeschriebenen, also von den Schulen selbständig zu besetzenden Stellen angekündigt hat, ist immerhin ein Anfang“, so Kern.